

Es gibt keinen kapitalistischen Ausweg!

Stahlindustrie in Gemeineigentum!

Artikel 27 Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950

- (1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.
- (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.

DKP  **Siegen**



Stahlpolitische Positionen der DKP Siegen

Eine der krisenanfälligsten Branchen in Deutschland und weltweit ist die stahlproduzierende Industrie. Hier sind die für den Kapitalismus typischen zyklischen Krisen mit ihrer Abfolge von mangelnder Auslastung und Überproduktion oft besonders dramatisch und haben eine für die Arbeiterklasse verheerende Wirkung.

Stahlmarkt und Konjunktur

72 Prozent des Stahlbedarfs verteilen sich 2016 in der Bundesrepublik Deutschland auf nur drei Branchen: auf die Bauindustrie mit 35 Prozent, die Automobilindustrie mit 26 Prozent und den Maschinenbau mit 11 Prozent. Aufgrund einer Überproduktionskrise fiel der Stahlpreis 2015 durchschnittlich um etwa 30 Prozent. Laut RWI war die globale Rohstahlerzeugung seit Ende 2014 tendenziell rückläufig, die Kapazitätsauslastung lag bei rund 65 Prozent. Da mit einem Wachstum der Stahlnachfrage 2015 nicht zu rechnen war, wurde von den Konzernen der internationalen Stahlindustrie ein Abbau von Kapazitäten erwartet. Auch die deutsche Stahlindustrie steht unter Anpassungsdruck.

Fusionspläne und „Synergieeffekte“

Gerüchte, wonach der größte deutsche Stahlhersteller ThyssenKrupp seine Stahlsparte mit Tata Steel fusionieren wird, haben sich jetzt aktuell bewahrheitet. Im internationalen Mengenranking der Rohstahlerzeuger standen 2015 Tata Steel auf dem 5. Platz mit 26,3 Mio. Jahrestonnen; ThyssenKrupp Steel Europe auf dem 8. Platz mit 17,3 Mio. Jahrestonnen. Um bei solch einer Elefantenhochzeit „Synergieeffekte“ zu erzielen, würden erfahrungsgemäß einige Tausend Arbeitsplätze vernichtet werden. Der Stahlbereich, eine von sechs Sparten des Großkonzerns Thyssen-Krupp, beschäftigt gegenwärtig noch rund 27.000 Menschen und macht mit knapp 9 Mrd. Euro Umsatz im Geschäftsjahr 2014/15 ein Fünftel des Konzernumsatzes aus.

Rotstift- und Schließungspläne – ThyssenKrupp ohne Stahl?

2016 lag der Jahresausstoß bei 495 Tonnen pro Beschäftigten. Das ist ein internationaler Spitzenwert. Trotz der hohen Produktivität ihrer Arbeit und obwohl die wirtschaftlichen Probleme des ThyssenKrupp-Konzerns zu einem erheblichen Anteil auf die grandiosen Fehlinvestitionen in den USA und in Brasilien, also auf Managementfehler und nicht auf mangelnden Arbeitseinsatz der Belegschaften zurückzuführen sind, müssen die Beschäftigten Angst vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze haben. Das Management der ThyssenKrupp Steel Europe hat im Januar 2017 der Stahlsparte einen „Sparzwang“ von 850 Mio. Euro in die Geschäftsbücher geschrieben. Auf einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 7. April wurden vom Vorstand Einsparungen im Umfang von 500 Mio. Euro und die Schließung von Teilanlagen angekündigt. Im Mittelpunkt sollen dabei Effizienzsteigerungen bei Personal, Instandhaltung und Reparatur, Logistik, Vertrieb und Verwaltungskosten stehen. Vieles deutet darauf hin, dass die angestrebte „Transformation zu einem starken Industriekonzern“ (d. h. ohne Stahlsparte) konsequent umgesetzt wird.

Die Krise heißt Kapitalismus!

Oft werden in gewerkschaftlichen Stellungnahmen die „gewissenlose Gier der Finanzeliten“ und „Politikfehler“ als Ursache der Wirtschaftskrise ins Feld geführt. Natürlich gibt es diese Faktoren auch. Aber die eigentlichen

Krisenursachen sind auch in der Stahlindustrie letzten Endes in der Zwangsläufigkeit der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, in der kapitalistischen Überproduktion, zu finden.

Stahl hat Zukunft!

In der Überproduktionskrise auf dem kapitalistischen Weltmarkt reicht die Nachfrage nicht aus, um alle produzierten Waren zu verwerten. Gibt es aber tatsächlich zu viel Stahl? Wir meinen: Nein!

Gedeckter Marktbedarf ist keinesfalls gleichbedeutend mit der Deckung der Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung. Der notwendige Ausbau des ÖPNV, die Energiewende, der Ausbau der Infrastruktur, ein verstärkter Wohnungsbau usw. sind undenkbar ohne Stahlproduktion.

In ihrem Sofortprogramm fordert die DKP u. a. den Bau von einer Million Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren, den Neubau von 2.000 Schulen, 1.000 Jugendzentren und 1.000 Kindertagesstätten und ein Investitionsprogramm zur Beseitigung des Sanierungsstaus bei Krankenhäusern in Höhe von 4 Mrd. Euro, bei Schulen in Höhe von 4 Mrd. Euro und im Öffentlichen Nahverkehr in Höhe von 6 Mrd. Euro. Utopisch? Nein! In den genannten Bereichen ist der gesellschaftliche Bedarf nachgewiesen und dass genügend Geld vorhanden ist, zeigt die „Rettung“ der Banken mit mehreren Hundert Mrd. Euro.

Jeder Stahlarbeitsplatz sichert 2,3 weitere Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Bereichen (Zuliefererindustrie, Logistik u. a.).

Gegenüber anderen Rohstoffen hat Stahl den ökologischen Vorzug, dass er zu fast 100 Prozent recycelbar ist und neuer Stahl zu ca. 50 Prozent aus Schrott gewonnen wird. Die Eisenerzvorkommen sind endlich, deshalb ist der sorgfältige Umgang mit den Ressourcen notwendig.

Einführung der 30 Stundenwoche für Alle bei vollem Lohn -und Personalausgleich sichert auch in der Zukunft Stahlarbeitsplätze!

An gewerkschaftliche Beschlusslage anknüpfen: Vergesellschaftung und Arbeitszeitverkürzung!

Auf dem Höhepunkt der Stahlkrise zu Beginn der 1980er Jahre fasste die IGM auf ihrem 14. Gewerkschaftstag 1983 die EntschlieÙung Nr. 7 zur Wirtschaftspolitik. Dort heißt es u. a.:

„Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall bekräftigt die Notwendigkeit einer Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung durch gesellschaftliche Strukturreformen im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms. Er unterstreicht vor allem die Aktualität der Forderungen nach ... volkswirtschaftlicher Rahmenplanung und Investitionslenkung; Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum. Dies gilt insbesondere für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik ... Eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik nach Maßgabe der genannten Leitsätze ist unabdingbarer Bestandteil der Forderungen des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Sie ist untrennbar verbunden mit den Strategien des beschleunigten qualitativen Wachstums durch Förderungen gesellschaftlich vorrangiger Bereiche und die Steigerung der Massenkaukraft; der sozialen Produktivitätskontrolle durch den Kampf gegen eine menschenfeindliche Rationalisierungspraxis und für die Nutzung des technischen Wandels im Interesse der Arbeitnehmer; der Arbeitszeitverkürzung ... mit vollem Lohnausgleich ...“.

An diesen richtungweisenden Beschluss sollten die Gewerkschaften jetzt wieder anknüpfen.

Endlich verfassungsgemäß handeln!

Die DKP fordert außerdem, endlich den Paragraphen 27 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950 umzusetzen, in dem es heißt:

- (1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.
- (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.

Es gibt keinen kapitalistischen Ausweg!